

24.07.2013 - 19:29 Uhr

Eltern wollen Wahlfreiheit Leitartikel von Christine Richter über den Vorschlag der Berliner SPD, den Kita-Besuch zur Pflicht zu machen

Berlin (ots) -

Geht es nach der Berliner SPD, sollen die Eltern verpflichtet werden, ihre Kinder spätestens ab dem dritten Lebensjahr in die Kita zu schicken. Diesen Vorschlag hat jetzt der Berliner SPD-Fraktionschef Raed Saleh gemacht - unter Hinweis auf eine Studie, die Berlins Gesundheitssenator Mario Czaja (CDU) in dieser Woche vorstellte. Demnach verbessern sich die Sprachkenntnisse von Migrantenkindern deutlich, wenn sie länger als zwei Jahre eine Kita besucht haben. Auch die gesundheitliche Entwicklung verläuft nach einer längeren Kita-Betreuung etwas besser.

So weit, so gut. Aber warum fällt den Sozialdemokraten immer nur ein, bei Problemen oder auffälligen Entwicklungen eine neue Pflicht einzuführen, eine neue Regel aufzustellen? Gerade in der Familienpolitik sollten sich die SPD, aber auch alle anderen Parteien zurückhalten. Denn eins wollen Eltern nicht: zwangsbeglückt werden. Jede Familie, jede alleinstehende Mutter oder Vater möchten selbst entscheiden, was die beste Lösung für ihr Kind ist. Den Nachwuchs ein, zwei, drei Jahre bis zur Einschulung zu Hause erziehen, nach einem Jahr wieder halbtags oder auch Vollzeit arbeiten gehen und das Kind bei einer Tagesmutter oder in der Kita gut betreut wissen, die Jungen und Mädchen nur stundenweise oder auch ganztags mit anderen Kinder zusammenbringen - es gibt so viele Möglichkeiten, über die die Familien selbst bestimmen wollen. Sicherlich, es ist ein Unterschied, ob es sich bei den Familien - egal ob deutsche oder Migranten-Familien - um sozial starke, gut verdienende, oder um sozial schwache handelt. Bei manchen gibt es keinerlei Probleme, wenn die Kinder die ersten Jahr zu Hause aufgezogen werden, bei anderen schon.

Entscheidend, auch in Berlin, ist doch, ob die Familien die Wahlmöglichkeiten haben. Gibt es genügend Krippen- und Kita-Plätze, gibt es genug Plätze für Halb- oder Ganztagsbetreuung? Vor Ort in der Innenstadt, nicht nur in den Außenbezirken? Sind die Zeiten flexibel? Bietet der Arbeitgeber die Möglichkeit, als Mutter oder Vater wieder berufstätig zu sein, trotz des kleinen Kindes?

In Berlin sind - verglichen mit den anderen Bundesländern - das Kita-Angebot schon groß und die Plätze kostenlos. Wenn es nach wie vor die Migrantenfamilien sind, die auf einen Kitaplatz für ihren Nachwuchs verzichten, dann sollten die politischen Verantwortlichen dies gezielt angehen. Mit Beratung der Eltern beim Kinderarzt, mit den bewährten Stadtteilmüttern, mit Sprechstunden in den Vereinen der jeweiligen Communities. Denn natürlich ist es sinnvoll, wenn die Migrantenkinder zwei oder drei Jahre lang eine Kita besuchen und dann mit guten, mit besseren Deutsch-Kenntnissen in die Schule starten. Aber davon muss man die Eltern überzeugen, nicht sie dazu zwingen. Das ist die hohe Kunst der Politik.

Kontakt:

BERLINER MORGENPOST

Telefon: 030/2591-73650
bmcvd@axelspringer.deDiese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100050382/100741611> abgerufen werden.